

- TVöD-Warnstreiks
- Frauen auf dem Weg zur Gleichstellung



TVöD-Warnstreiks und Frauen auf dem Weg zur Gleichstellung

- 3 **TVöD-Warnstreiks – ein erster Rückblick**
- 4 **Nulltoleranz! Sexualisierter Belästigung am Arbeitsplatz begegnen**
von Dr. Christina Stockfisch
- 6 **Gleichstellung im Betrieb umsetzen**
von Maike Jebasinski
- 7 **DGB-Frauen: „Rote Karte“ für Staatsministerin Ulrike Scharf**
von Magdalena Siebert
- 8 **Auf der Seite der Lehrerinnen: Elise Spaeth**
von Nadja Bennewitz
- 10 **„Hätte ich’s gemerkt?“ – Ein Schulprojekt über Mädchen in der NS-Zeit**
von Gisela E. Marx

Was es sonst noch gibt

- 12 **Freiwillig ist das neue Muss**
von Markus Weinberger
- 13 **Lasst Lisa lehren!**
Rede von Lisa Poettinger
- 14 **Solidaritätserklärung der GEW Bayern**
- 15 **Scheinselbstständig: Übergangsregel geht zulasten der Lehrkräfte**
von Erwin Denzler
- 16 **Gewerkschaftliche Kooperation mit YM/UTNES geht weiter!**
von Margot Simoneit
- 17 **Berichte**
 - Tarifvertrag für studentische Beschäftigte – JETZT!
 - Bundeswehrförderungsgesetz auf dem Prüfstand
 - Aktiv gegen rechte Parolen im Klassenzimmer
 - Neujahrstreffen des KV Memmingen/Unterallgäu

Rubriken

- 19 **Geburtstage und Jubiläen**
- 20 **Kontakte**

Ausblick auf die nächsten DDS-Ausgaben (Arbeitstitel):
 DDS 5/2025 Sport,
 DDS 6/2025 Künstlich imitierte Intelligenz,
 DDS 7 – 8/2025 Menschen mit Behinderung
 Hinweis der DDS-Redaktion: Sicher macht ihr vor Ort immer wieder einmal Veranstaltungen und Aktionen. Bitte denkt daran, uns danach einen kurzen Bericht mit druckfähigem Foto zu mailen.

**Telefonische Rechtsberatung
für Mitglieder
erfolgt nach Terminvereinbarung.**

Dazu bitte eine E-Mail senden unter Angabe der eigenen telefonischen Erreichbarkeit und kurzer Schilderung der Angelegenheit – nötige Unterlagen im PDF-Format anfügen.

**E-Mail: rechtsstelle@gew-bayern.de
Tel.: 089 544081-14**

Aktuelle Mitgliedsdaten melden

Deine Mitgliedsdaten (Adresse, Bankverbindung, Eingruppierung, Beschäftigungsart, Teilzeit, Erziehungsurlaub, Arbeitsstelle ...) haben sich geändert? Dann kannst du diese online unter gew-bayern.de/anmeldung selbst aktualisieren. Dort findest du auch deine Beitragsbescheinigung für das Finanzamt. Du kannst deine Änderungsmitteilungen aber auch weiterhin postalisch an die Geschäftsstelle der GEW Bayern senden oder dich per E-Mail an die GEW-Mitgliederverwaltung wenden: mitgliederverwaltung@gew-bayern.de
 Grundsatz aller Gewerkschaften: Wer weniger verdient, zahlt weniger Beitrag (wenn es uns mitgeteilt wird!). Der Rechtsschutz wird nur gewährt, wenn der satzungsgemäße Beitrag entrichtet wurde.

Frauen auf dem Weg zur Gleichstellung. Ein Grund, am 1. Mai, dem Tag der Arbeit, auf die Straße zu gehen, ist sicher auch die Forderung, Frauen endlich in allen gesellschaftlichen Bereichen, also auch in der Arbeit, gleichzustellen. Gleiche Löhne, gleiche Aufstiegschancen, gleich verteilte Care-Arbeit – die Liste der Notwendigkeiten ist lang. Gleichzeitig müssen wir mehr denn je rückwärtsgewandten, rechten Ideologien entgegenzutreten. Kommt zum 1. Mai, denn gerade in diesen Krisenzeiten sollten wir ein starkes Zeichen für Solidarität, soziale Gerechtigkeit und die Rechte der Arbeitnehmer*innen setzen!

von Dorothea Weniger



Aktuelle Infos zu den TVöD-Verhandlungen findet ihr hier:
 GEW-Homepage: gew.de/mehr
 Homepage der GEW Bayern: www.gew-bayern.de/mehr
 Instagram: @gew_bund und @gewbayern
 Facebook: @gew.diebildungsgewerkschaft und @gewbayern

Eure GEW Bayern

Impressum:

DDS • Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB, Landesverband Bayern
 Geschäftsstelle: Neumarkter Str. 22, 81673 München, ☎ 089 5440810
 E-Mail: info@gew-bayern.de • gew-bayern.de • [facebook.com/GEWBayern/](https://www.facebook.com/GEWBayern/)
Redaktionsleiterin: Dorothea Weniger (dw), Neumarkter Str. 22, 81673 München
 E-Mail: dorothea.weniger@gew-bayern.de
Redaktionelle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter: Manuel Bühlmaier (mb), Verena Escherich (ve), Isabelle Haque (ih), Petra Nalenz (pn), Gele Neubäcker (gn), Magdalena Siebert (ms), Magnus Treiber (mt), Chrissi Wagner (cw), Wolfram Witte (ww)
Gestaltung: druckwerk GmbH
Bildnachweis: (soweit nicht beim Foto berücksichtigt) Titel: Karin Just
Druck: druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München ☎ 089 5029994
Anzeigenannahme: nur über die Redaktionsleitung
Anzeigenverwaltung: druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München
 ☎ 089 5029994, E-Mail: team@druckwerk-muenchen.de
 Zur Zeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 14 vom 1.1.2017 gültig.
 Mit Namen oder Namenskennzeichen gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der betreffenden Verfasser*innen dar und bedeuten nicht ohne Weiteres eine Stellungnahme der GEW Bayern oder der Redaktion. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Druckschriften wird keine Gewähr übernommen. Bei allen Veröffentlichungen behält sich die Redaktion Kürzungen vor. Der Bezugspreis ist für GEW-Mitglieder des Landesverbandes Bayern im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. Der Bezugspreis für Nichtmitglieder beträgt jährlich 21 EUR zuzüglich Porto, der Preis der Einzelnummer 2,50 EUR zuzüglich Porto.
 Die DDS erscheint monatlich mit Ausnahme der Monate Januar und August.
 Adressenänderung: Ummeldungen bitte an die Landesgeschäftsstelle der GEW.
 Redaktions- und Anzeigenschluss: jeweils am 6. des Vormonats.
 Die DDS und alle darin enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Die Vervielfältigung, der Nachdruck und die Nutzung der Inhalte ist nur mit schriftlicher Genehmigung der GEW Bayern erlaubt.

TVöD-Warnstreiks – ein erster Rückblick

12.2., Fürth



Foto: Sebastian Jung

Am 12. Februar läuteten in Fürth Kitabeschäftigte zusammen mit Kolleg*innen aus dem Krankenhaus, aus Jugendhilfeeinrichtungen sowie aus der Post die erste Streikphase anlässlich der TVöD-Verhandlungen ein.

12.2., Kösching



Foto: Rainer Hollenbach

Am selben Tag streikten auch in Kösching fast 300 Kolleg*innen bei nasskaltem Wetter. Für den ländlichen Raum ein starkes Zeichen!

13.2., München



Foto: Jörn Bülick

Am 13. Februar verübte ein Mann einen Anschlag auf unsere Kolleg*innen unserer Schwestergewerkschaft ver.di. Eine Frau und ihr Kind starben, viele andere wurden verletzt. Politiker*innen fast aller Parteien missbrauchten den Anschlag für ihre antimigrationspolitischen Interessen. Um an die Opfer zu gedenken und um sich gegen die rassistischen Forderungen zu stellen, organisierte ver.di für den 20. Februar in der Nähe des Tatorts eine Gedenkveranstaltung.

26.2., Ingolstadt



Nachdem wegen des Attentats am 13. Februar alle bayerischen Warnstreiks abgesagt wurden, fanden am 26. Februar wieder Demonstrationen statt. In Ingolstadt forderten etwa 500 Kolleg*innen, darunter über 100 GEW-Mitglieder, wieder mehr Gehalt und mehr Urlaub.

26.2., Amberg



In Amberg gingen am selben Tag gemeinsam mit ver.di 300 Kolleg*innen auf die Straße. Dem Aufruf folgten zahlreiche Beschäftigte der Lebenshilfe und der kommunalen Betriebe.

26.2., Aschaffenburg



In Aschaffenburg rief die GEW die Kolleg*innen aus dem JUKUZ (Jugendkulturzentrum) zum Streik auf, die gemeinsam mit über hundert ver.di-Kolleg*innen demonstrierten und vom Arbeitgeber endlich ein vernünftiges Angebot forderten.

Hier findest du alle weiteren Streiktermine: gew-bayern.de/streik
Infos zur TVöD-Tarifrunde findest du hier: gew-bayern/mehr

Nulltoleranz! Sexualisierter Belästigung am Arbeitsplatz begegnen

Sexualisierte Belästigung ist kein Randphänomen. Sie ist weit verbreitet und kommt in allen Berufsfeldern und Branchen vor. Unterstützung für Betroffene ist extrem wichtig. Ziel jedes Unternehmens sollte es sein, das Thema aus der Tabuzone herauszuholen. Dafür müssen Führungskräfte, Interessenvertretungen und Beschäftigte genau hinschauen und sich gegen sexualisierte Belästigung am Arbeitsplatz positionieren sowie wehren. Betroffene brauchen kompetente Hilfe. Den Verursachenden müssen die Konsequenzen deutlich gemacht werden.

Auch Jahre nach #MeToo steht der Kampf gegen sexuelle Belästigung auf der Agenda. Noch immer wird zu wenig für Prävention und den Schutz der Beschäftigten getan. Dabei ist sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz schwerwiegend: Sie kann betroffene Kolleginnen und Kollegen krank machen und

das Betriebsklima vergiften. Trotzdem ist sexuelle Belästigung in den meisten Betrieben ein Tabuthema. Nur sehr selten wird offen darüber gesprochen und Betroffene trauen sich oft nicht, sich zu äußern, Hilfe zu holen oder sich zu beschweren.

Zahlen zeigen die Dimension

Dabei ist sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz definitiv kein Randphänomen. Laut einer Studie der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) hat jede elfte erwerbstätige Person (neun Prozent) in den vergangenen drei Jahren sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz erlebt.¹ Frauen waren mehr als doppelt so häufig (13 Prozent) betroffen wie Männer (fünf Prozent). 82 Prozent der Betroffenen gaben an, dass die Belästigenden Männer waren; bei betroffenen Frauen war dies fast durchgängig der Fall.



Foto: Mélodie Descoubes/Unsplash

Auffällig ist, dass sexuelle Belästigung gegen Frauen wesentlich häufiger als bei Männern von Vorgesetzten ausging (23 Prozent vs. 7 Prozent). Ein höheres Risiko tragen außerdem weibliche Führungskräfte, Akademikerinnen und Frauen in technischen bzw. typischen Männerberufen.

Zudem gibt es bestimmte Branchen, in denen sexualisierte Belästigung häufiger vorkommt. Die meisten Fälle tauchen in Dienstleistungsberufen auf – durch Kund*innen, Klient*innen und Patient*innen; betroffen sind auch hier Frauen häufiger (57 Prozent) als Männer (40 Prozent).

Verbale Belästigungen wie sexualisierte Kommentare oder Belästigungen durch Blicke und Gesten führen die Statistik an. Während Frauen eher körperlichen Übergriffen und Kommentaren zu ihrem Aussehen ausgesetzt sind, werden Männer stärker mit visuellen und verbalen Belästigungsformen wie pornografischen Bildern oder anzüglichen Nachrichten per Handy oder Mail konfrontiert.

AGG schützt und verpflichtet

Betroffene und Zeug*innen reagieren auf sexualisierte Belästigung im Arbeitsumfeld meist stark verunsichert.

Anzeige





Von hier an geht es aufwärts!

Hier erwarten Sie ein intensives und individuell ausgerichtetes Psychotherapieangebot, ein erstklassiges Krisenmanagement, kreative Förderung ihres Potentials, viele erlebnisintensive Erfahrungen und erfreuliche Rahmenbedingungen (moderne Einzelzimmer, Genießer-Küche, wunderbare Umgebung). Wir behandeln die gängigen Indikationen wie Depressionen, Burn-Out, Ängste, psychosomatische Erkrankungen.

Kostenübernahme: Private Krankenversicherungen / Beihilfe

Info-Tel.: 07221 / 39 39 30

Gunzenbachstr. 8
76530 **Baden-Baden**

www.leisberg-klinik.de

Meist leiden die Betroffenen unter Gefühlen von Scham, Erniedrigung und Abwertung und nehmen eine psychische Belastung wahr, Frauen häufiger als Männer. Trotzdem fehlen oft passende betriebliche Unterstützungsangebote oder die Beschäftigten wissen nichts davon.

Die ADS-Studie zeigt auch, dass Betroffene sich der Belästigung zwar verbal widersetzen, dennoch meist keine Unterstützung suchen oder Beschwerde einleiten. Den Rechtsweg hat lediglich ein Prozent der Befragten beschritten.

Unternehmen sind laut Allgemeinem Gleichstellungsgesetz (AGG) seit 2006 verpflichtet, gegen sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz vorzugehen. Sie müssen vorbeugende Maßnahmen treffen, ihre Beschäftigten schulen, bei sexueller Belästigung Maßnahmen gegenüber belästigenden Beschäftigten ergreifen, eine betriebsinterne Beschwerdestelle einrichten und darüber informieren (§ 13 AGG).

Trotzdem wussten 40 Prozent der Befragten nichts von einer solchen Beschwerdestelle. Dabei sind kompetente Ansprechpartner*innen, verbindliche Regeln, eine Nulltoleranz-Maxime und klare Sanktionen gegen Belästiger*innen das A und O. Nur so kann eine Kultur des gegenseitigen Respekts und wertschätzenden Miteinanders geschaffen werden. Führungskräften kommt dabei eine Schlüsselrolle zu. Sie können durch die eigene Vorbildfunktion, konsequente Sanktionen und geeignete Schutz- und Unterstützungsmaßnahmen (in Kooperation mit betrieblichen Ansprechpersonen für Beratung sowie Beschwerdestellen) sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz weitgehend verhindern und beenden. Sie sollten sich dieser Verantwortung im Kampf gegen Sexismus und Belästigung bewusst sein und entsprechend geschult werden, um Warnsignale früh wahrnehmen und adäquat reagieren zu können.

Die Rolle der Betriebs- und Personalrät*innen

Interessenvertretungen setzen sich dafür ein, dass alle Mitarbeiter*innen in einem guten Arbeitsklima ihren Aufgaben nachgehen können und respektvoll behandelt werden. Umso wichtiger ist es für Betriebs- und Personalrät*in-

nen sowie Gleichstellungsbeauftragte, sensibel dafür zu sein und sich für ein belästigungsfreies Klima und partnerschaftliches Verhalten stark zu machen. Um es gar nicht erst zu sexualisierten Übergriffen kommen zu lassen, sind präventive Maßnahmen im Betrieb bzw. in der Dienststelle erforderlich. Dazu sollten Interessenvertretungen sexuelle Belästigung im Betrieb aktiv thematisieren, z. B. mit einer Beschäftigtenumfrage, in einer Betriebsversammlung, mit Aktionen vor Ort – z. B. am Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen (25. November).

Betriebs- und Dienstvereinbarungen geben Handlungssicherheit

Anzustreben ist, in einer Betriebsvereinbarung Regelungen mit dem Arbeitgeber zu treffen, um konkrete Maßnahmen zur Prävention und Verfahren zur Intervention für alle Akteur*innen verbindlich festzulegen. Dazu bestehen jedoch oft noch große Wissensdefizite und solche Maßnahmen sind bisher in wenigen Unternehmen und Dienststellen vereinbart. Der DGB-Leitfaden „Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz verhindern“² gibt viele Anregungen, wie Interessenvertretungen sexueller Belästigung auf betrieblicher Ebene begegnen und ein diskriminierungsfreies Betriebsklima schaffen können. Vorgestellt werden neben vielen konkreten Aktionen aus Betrieben und Gewerkschaften, die auf das Thema sexualisierte Belästigung aufmerksam machen, auch Betriebsvereinbarungen, Flyer und Kampagnen aus unterschiedlichen Branchen. Ein 10-Punkte-Präventionsplan zur Vermeidung sexualisierter Belästigungen am Arbeitsplatz stellt beispielsweise Aktionen zur Sensibilisierung und Prävention im Unternehmen vor.

Betriebs- und Dienstvereinbarungen sind ein wertvolles Instrument zur Prävention und Bewältigung sexueller Belästigung am Arbeitsplatz. Sie sensibilisieren für ein Thema, schaffen Verbindlichkeit, sorgen für Transparenz und Handlungssicherheit für alle Beteiligten. Der Weg zum Abschluss einer Betriebsvereinbarung erfordert allerdings gute Vorbereitung, große Beharrlichkeit und Überzeugungskraft gegenüber dem Arbeitgeber und oft auch gegenüber dem eigenen Gremium.

Die Zusammenstellung „Prävention sexueller Belästigung“ der Hans-Böckler-Stiftung (2017)³ unterstützt betriebliche Akteur*innen, eine Betriebs- oder Dienstvereinbarung zu entwickeln. Ein Gestaltungsraster zur Erstellung einer betrieblichen Vereinbarung für den öffentlichen Dienst verallgemeinert die darin enthaltene Richtlinie zur Prävention sexueller Belästigung an der Charité. Best-Practice-Formulierungen wurden zudem zu einer formellen betrieblichen Vereinbarung zusammengestellt.

Auch der Staat ist gefordert

Aber auch der Staat ist in der Pflicht, Gesetzeslücken zu schließen. Deshalb fordern der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften die Bundesregierung auf, Gewalt und sexuelle Belästigung stärker in den Arbeits- und Gesundheitsschutz zu integrieren und Arbeitgeber zu sanktionieren, die keine Beschwerdestelle eingerichtet haben. Denn ein gewaltfreies Leben und ein belästigungsfreier Arbeitsplatz sind keine Privilegien. Sie sind Menschenrechte.

von

Dr. Christina Stockfisch

DGB-Bundesvorstand
politische Referentin in der
Abteilung für Frauen, Gleichstellungs- und Familienpolitik



Weiterführende Literatur

Europaweite Studie „UniSAFE“ über sexuelle Belästigung und geschlechtsbezogene Gewalt an Hochschulen. Download: is.gd/n7lLcl

Prof. Dr. Eva Kocher/Stefanie Porsche: Sexuelle Belästigung im Hochschulkontext – Schutzlücken und Empfehlungen. Download: is.gd/mas6gP

¹ In einigen Umfragen (u. a. Forsa) gab sogar jede vierte Frau an, schon einmal sexuelle Gewalt am Arbeitsplatz erfahren zu haben. Aktuelle und vor allem verbindliche Statistiken zu dem Thema finden sich nur schwer und die Dunkelziffer könnte deutlich höher sein.

² Download: dgb.de/positionen/gewalt-und-belaestigung-am-arbeitsplatz

³ Sabine Oertelt-Prigione und Sabine C. Jenner: Prävention sexueller Belästigung. Praxiswissen Betriebsvereinbarungen. Download: kurzlinks.de/gldx

Gleichstellung im Betrieb umsetzen

Auch 2025 ist das Ziel der Gleichstellung von Frauen nicht erreicht. Frauen verdienen weniger und werden seltener befördert. Gleichzeitig sind sie trotz Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) Diskriminierungen ausgesetzt. Auch sexualisierte Gewalt am Arbeitsplatz ist weiterhin ein Thema. Betriebsrät*innen fällt hier eine wichtige Aufgabe zu.

Frauen verdienen im Schnitt 16 Prozent weniger als Männer. Die Gründe dafür sind sehr unterschiedlich. So werden frauendominierte Tätigkeiten schlechter als männerdominierte bezahlt. Frauen übernehmen zu Hause deutlich mehr Sorgearbeit. Sie arbeiten daher oft in Teilzeit. Dies bedeutet weniger Geld pro Stunde sowie geringere Chancen, bei Weiterbildungen und Beförderungen mitgedacht und eingeplant zu werden. Neben der Herausforderung, Beruf und Familie zu vereinbaren, erleben Frauen immer noch Sexismus am Arbeitsplatz, der neben psychischen Belastungen auch ihre wirtschaftliche Eigenständigkeit gefährdet.

Von guten Lösungen für all diese Probleme profitieren nicht nur Frauen: Von souveräner Arbeitszeitgestaltung haben beispielsweise alle Beschäftigten etwas, die ihren Job und ihre Aufgaben im Haushalt unter einen Hut bringen müssen. Und ein klarer Umgang mit Diskriminierung sorgt für ein offenes Arbeitsumfeld, in dem sich alle wohlfühlen.

Aufgabe des Betriebsrats

Betriebsrät*innen erfüllen bei der Umsetzung von Gleichstellungsmaßnahmen eine wichtige Funktion. Gemäß § 80 Abs. 1 Nr. 2 a Betriebsverfassungsgesetz gehört es sogar zu ihren Aufgaben, die tatsächliche Gleichstel-

lung von Frauen und Männern durchzusetzen.

Dies gelingt am besten, wenn das Thema Gleichstellung Schritt für Schritt angegangen wird: Im ersten Schritt ist es wichtig, mit Kolleg*innen über die Themen Geld, Zeit und Respekt ins Gespräch zu kommen. Welche Bedürfnisse haben sie, was wünschen sie sich? Im zweiten Schritt ist es gut, Verbündete zu suchen und zu finden. Erst danach geht es an die Umsetzung. Der Betriebsrat kann eine Betriebsvereinbarung vorschlagen, hat aber auch darüber hinaus ein Mitspracherecht bei diversen Themen. Auf welche rechtlichen Grundlagen der Betriebsrat sich berufen kann, wenn er sich für Gleichstellung einsetzen möchte, lest ihr in unserer umfangreichen Toolbox: was-verdient-die-frau.de/toolbox. Dort findet ihr auch viele Ideen für Maßnahmen sowie gute Praxisbeispiele.

Ideen für die Praxis

Ein paar Ideen, die sich im Betrieb umsetzen lassen:

- Die Eingruppierung im bestehenden Gehaltssystem überprüfen: Wer ist in welche Gehaltsgruppe eingruppiert? Sind die Tätigkeiten entsprechend ihren Anforderungen richtig eingruppiert? Stimmen die beschriebenen Tätigkeiten mit den tatsächlich ausgeübten Tätigkeiten überein?
- Barrieren für Teilzeitkräfte abbauen: über Brückenteilzeit informieren, Vertrauensarbeitszeit und mobiles Arbeiten ermöglichen sowie das Thema Führen in Teilzeit und Job-sharing gegenüber Vorgesetzten ins Gespräch bringen und einfordern
- Arbeitszeiten planbar machen: fixe Termine und Besprechungen sowie Einteilungen im Schichtplan vorschlagen und umsetzen



Foto: Gayatri Mathotra by Unsplash

- Arbeitszeit flexibel gestalten: Gleitzeit einführen, die es erlaubt, Betreuungszeiten (z. B. Schule, Kita) mit Arbeitszeiten zu vereinbaren
 - Präventiv gegen Sexismus vorgehen: Leitlinien gegen Sexismus entwickeln, im Unternehmen kommunizieren und klare Sanktionen bei Missachtung benennen, eine neutrale Beschwerdestelle einrichten
- Jeder Betrieb hat dabei eigene Rahmenbedingungen, die mitbedacht und einbezogen werden müssen. Es gibt also keine Lösung, die eins zu eins von einem Betrieb auf den nächsten übertragen werden kann. Doch auch viele Wege führen zum Ziel! Das Wichtigste ist: Fangt damit an und setzt euch für Gleichstellung ein! Wenn ihr Unterstützung braucht, um das Thema zu setzen, meldet euch bei uns (wasverdientdiefrau@dgb.de). Wir kommen gerne zu euch und informieren mit einem Vortrag über Geld, Zeit und Respekt am Arbeitsplatz.

von Maïke Jebasinski

Projektreferentin bei »Was verdient die Frau? Mehr Geld, Zeit und Respekt!« im DGB-Bundesvorstand, Abteilung Frauen-, Gleichstellungs- und Familienpolitik



DGB-Frauen: „Rote Karte“ für Staatsministerin Ulrike Scharf

12. Un-Gleichstellungspreis des DGB-Bezirksfrauenausschusses Bayern

Im DGB Bayern sind mehr als 240.000 Gewerkschafterinnen organisiert. Sie sind damit in der gleichstellungspolitischen Landschaft der größte Verbund, der die Interessen von Arbeitnehmerinnen vertritt. Gleichzeitig setzen sie sich für Geschlechtergerechtigkeit gemäß Artikel 3 Grundgesetz ein. Seit 2016 verleihen die DGB-Frauen ihren „Un-Gleichstellungspreis“ für gravierende Verstöße gegen die Gleichstellung von Frauen und Männern.

Der 12. Un-Gleichstellungspreis der bayerischen DGB-Frauen ging im Oktober letzten Jahres an die bayerische Arbeits- und Sozialministerin Ulrike Scharf (CSU/MdL). Die Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern gehört als Frauenbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung zu ihren originären Aufgaben. Dieser Verfassungsauftrag ist noch immer nicht erfüllt. Dieses anhaltende Versäumnis der Ministerin kritisieren die Gewerkschafterinnen mit ihrer „Auszeichnung“.

Im Freistaat herrscht in Sachen Gleichstellung nach wie vor massiver Nachholbedarf: Der Frauenanteil im Landtag ist mit nur 25,1 Prozent bei der letzten Landtagswahl auf ein historisches Tief gesunken, die bundesweit

zweitgrößte Lohnlücke von 18 Prozent belastet Frauen erheblich, jede vierte Frau in Bayern ist von Altersarmut bedroht. „Die Ministerin hat bislang weder den Willen gezeigt, noch Taten sprechen lassen, um dem Verfassungsauftrag nachzukommen“, kritisierte Di Pasquale anlässlich der Preisverleihung. Das aktuellste Beispiel sei die Posse um die Novellierung des Bayerischen Gleichstellungsgesetzes (BayGlG). „Das geltende Gleichstellungsgesetz hat wenig Durchsetzungskraft und seine längst überfällige Novellierung wurde immer wieder verzögert. Der jetzt von der Ministerin vorgelegte Entwurf bleibt deutlich hinter den Erwartungen

zurück und zeigt keinen echten Willen zur Veränderung“, betonte Bettina Messinger, Vorsitzende des DGB-Bezirksfrauenausschusses.

Die DGB-Frauen kritisieren zudem die mangelnde Umsetzung der Istanbul-Konvention zum Schutz der Frauen vor Gewalt in Bayern. Darüber hinaus beharrt die Ministerin gegen den Rat einer Expert*innenkommission darauf, dass ein Schwangerschaftsabbruch weiterhin strafbar bleibt. Eine klare Absage erteilen die DGB-Frauen außerdem dem Vorhaben, die Begrenzung der Tageshöchstleistungszeit aufzuheben, weil Tagesarbeitszeiten von mehr als acht Stunden angeblich ein Gewinn für die Vereinbarkeit von Erwerbs- und Sorgearbeit seien. Echte Fortschritte, etwa beim Ausbau der Betreuungsstrukturen, bleiben dagegen nach wie vor auf der Strecke.

Eine Antwort der Ministerin liegt nicht vor.



Mythos Neutralität in Schule und Unterricht

Wie politisch dürfen Lehrkräfte sein?

Rechtliche Rahmenbedingungen und konkrete Fallbeispiele

Aktuell wird intensiv über Meinungsäußerungen von Lehrkräften in der Schule diskutiert. Die extreme Rechte instrumentalisiert den Begriff der Neutralität und verunsichert Lehrer*innen. Viele fragen sich: Was deckt das Grundrecht auf Meinungsfreiheit ab? Inwieweit bin ich als Lehrkraft zur Zurückhaltung verpflichtet? Bei welchen Äußerungen von Schüler*innen muss, wann sollte ich als Lehrkraft eingreifen? In der Fortbildung klären wir die Rechtslage – auch anhand vieler Fallbeispiele, die bei Bedarf interaktiv gestaltet werden können.

Referent: Markus Weinberger, Mitglied des Hauptpersonalrats
Möglicher Rahmen: Personalversammlung, Lehrer*innenkonferenz, Fortbildung
Kontakt für Anfragen: markus.weinberger@gew.bayern

von

Magdalena Siebert

Mitglied der DDS-Redaktion



Auf der Seite der Lehrerinnen: Elise Spaeth



Klassenfoto mit der Lehrerin Elise Spaeth

Elise Spaeth (1868-1935), Volksschullehrerin, Politikerin und Verbandsvorsitzende, steht stellvertretend für den Typus der liberal eingestellten Lehrerin, die nach dem Ersten Weltkrieg bereit war, in der neuen demokratischen Staatsform der Weimarer Republik auch parteipolitische Verantwortung zu übernehmen.

Politisiert worden war Elise Spaeth in der kleinen Universitätsstadt Erlangen durch ihre Arbeit in karitativen Initiativen und Bildungsvereinen im Kaiserreich. Selbstbewusstsein, Redegewandtheit und eine eigene Positionsbestimmung waren ihr dadurch eigen. Durch Aufklärungsarbeit und Wahlreden unterstützte sie die ersten demokratischen Wahlen, an denen Frauen ab 1918 teilnehmen konnten, und stellte sich selbst zur Wahl zum Stadtparlament für die Deutsche Demokratische Partei (DDP). Zwei Stadträtinnen zogen im Juni 1919 in den Erlanger Stadtrat ein: die Arbeiterin Margarethe Dressel für die SPD und Elise Spaeth für die DDP.

Eine erste Schuldirektorin

Spaeth war im Landkreis Fürth zur Welt gekommen. Sie machte eine Aus-

bildung zur Lehrerin in Aschaffenburg und kam 1901 nach Erlangen. Dort wurde sie die erste Lehrerin überhaupt, zunächst Hauptlehrerin, dann zur Oberlehrerin befördert, und schließlich wurde sie die erste Schuldirektorin Erlangens. Eine bessere Schul- und Berufsausbildung für Mädchen und Frauen waren ihre primären Ziele: „Die Mädchenerziehung gehört in die Hand einer Lehrerin“, so ihr Credo, womit sich der weibliche Lehrberuf legitimieren ließ. Als Stadtratsmitglied versuchte sie erfolgreich, ihren Einfluss in Bildungsfragen zur Geltung zu bringen.

Als Landtagskandidatin gegen rechts ...

Elise Spaeth blieb bis Ende 1924 im Stadtrat, war also nur die erste Legislaturperiode im Amt, denn in jenem Jahr trat sie zur Landtagswahl an. Dabei nutzte sie wie schon zuvor ihre liberalen Frauennetzwerke. Parteikolleginnen wandten sich explizit an die Frauen als Wählerinnen, warben für Elise Spaeth als Kandidatin und forderten eine Stärkung von Frauen in den Parlamenten. Späth sprach auf 13 Wahlveranstaltungen, wofür sie vom Schulamt beurlaubt wurde. Sie redete vor überfüllten Sä-

len und nutzte immer wieder die Gelegenheit, „mit den völkischen Diskussionsrednern abzurechnen“, wie es im Erlanger Tagblatt hieß. Offensichtlich versuchte der Völkische Block ihre politische Tätigkeit zu stören. „Die ruhigen, sachlichen Ausführungen der Landtagskandidatin machten überall sichtlich Eindruck. In fast allen Versammlungen entwickelte sich eine rege Aussprache, die meist von völkischen Rednern bestritten wurden. Die Diskussionsredner gaben der Referentin Gelegenheit, den Wählern zu zeigen, daß sie auch in der Debatte versteht, ‚ihren Mann zu stellen‘ und mit den Gegnern abzurechnen.“ Eine Versammlung von Elise Spaeth musste wegen rechtsextremen Störern mit Polizeischutz durchgeführt werden. Trotz ihres Einsatzes endete die Wahl mit einem niederschmetternden Wahlergebnis unter 5 Prozent. Der in diesem Jahr erstmals zur Wahl stehende Völkische Block, in dem auch die Nationalsozialisten auftraten, wurde gleichauf mit der SPD die zweitstärkste Kraft in Bayern.

... und für Frauen im Parlament

Nach diesem Wahldebakel nahm Spaeth ihre Berufsgenossinnen ins

Gericht. Sie hielt in Würzburg auf der Hauptversammlung des Bayerischen Lehrerinnenvereins einen Vortrag über „Die politische Einstellung der Lehrerin“, in dem sie ihre schwere Enttäuschung über das Wahlergebnis zum Ausdruck brachte. Sie habe den Eindruck, dass den Frauen ihre gerade erst errungene Position schon wieder streitig gemacht würde. Zudem machte sie die ungünstige Listenplatzierung von Frauen für die schlechten Ergebnisse für Parlamentarierinnen verantwortlich und analysierte die männerbündische Parteienstruktur: „Wer einer Kandidatenaufstellung anzuwohnen Gelegenheit hatte, konnte sich von einem bestimmt überzeugen, nämlich von der Solidarität der Männer. Auch die schärfsten Gegner gehen einig, wenn es gilt, die Frauen zurückzudrängen. Das dürfte von allen Parteien gelten, ausgenommen von denjenigen, die in die erwähnte Lage nicht kommen konnten, weil sie die Gleichberechtigung der Frau, ihr Recht auf öffentliche Betätigung überhaupt ablehnen, die heute noch mit dem Wort hausieren gehen: Die Frau gehört ins Haus. Und gerade die Parteien hatten den größten Frauenzug, auch aus den Reihen der berufstätigen Frauen.“

Verantwortung von Lehrerinnen

Dann wandte sie sich an die Lehrerinnen: „Von den in den Parlamenten tätigen Frauen sind viele im Lehrberuf oder gehörten ihm an. Die Lehrerinnen waren führend in der Frauenbewegung. Diese Bewegung ist herausgewachsen aus dem Doppelgedanken der Freiheit und der Gerechtigkeit.“ Dies verpflichtete die heutigen Generationen der Lehrerinnen, stärker politisch zu denken: „Man ist versucht zu glauben, das sei für jede Frau, also auch für jede Lehrerin, eine selbstverständliche Sache. Sie ist es durchaus nicht, sonst hätten nicht so viele von ihnen gegen ihre eigenen Interessen stimmen können, indem sie Parteien Gefolgschaft leisteten, die ihre staatsbürgerliche Gleichberechtigung ablehnen. Alle bisherige Erfahrung zeigt, daß in den Parlamenten die Frauen nur durch die Frauen in ihren Rechten wirksam geschützt werden.“ Mit dieser Erkenntnis gewappnet, sollten sich insbesondere Lehrerinnen stärker engagieren: „Wir Lehrerinnen haben

auch die heranwachsende weibliche Jugend und damit wiederum Gelegenheit zu staatsbürgerlicher Erziehung.“ Elise Spaeth hatte eine durchaus kritische Sicht auf die antidemokratische, republikfeindliche Haltung von Teilen der Lehrkräfte: „Die Lehrenden waren leider vielfach an der Entwicklung der Dinge nicht ganz unbeteiligt. Sollten die künftigen Staatsbürger nicht in der Schule schon lernen, daß kein Volksgenosse irgendein Recht oder eine Freiheit für sich verlangen oder beanspruchen kann, ohne daß er das gleiche Recht, die gleiche Freiheit auch dem andern zubilligt?“

Fragile Gleichberechtigung

1927 übernahm Elise Spaeth den Vorsitz im Bayerischen Lehrerinnenverein. Damit erhielt sie zahlreiche verbandspolitische Aufgaben und musste ein breites Themenspektrum abdecken: die Stellung der verheirateten Lehrerin, die seit Aufhebung des Lehrerinnenzölibats stark umkämpft blieb, die Forderung nach einer verstärkten Einstellung weiblicher Lehrkräfte, die Kinderschutz- und Arbeitsschutzgesetzgebung, die Altersvorsorge und Besoldungsstufen von Lehrerinnen, die Lehramtsausbildung und die Ausbildungs- und Lehrverhältnisse von Mädchen. Es war ihre Aufgabe als Vorstandsfrau, Eingaben an Regierungen und Landtag zu machen und durch persönliche Vorgespräche bei den Behörden der Durchsetzung der Verbandsforderungen Nachdruck zu verleihen.

Vormarsch der Männer

Zunehmend beurteilte sie die Situation für Frauen kritisch. Ihrer Ansicht nach erfahre „der Einfluss der Frau auf allen Gebieten des beruflichen und öffentlichen Lebens eine Zurückdrängung“. Aufstiegsmöglichkeiten und Beförderungen von Frauen, die verfassungsmäßig zugesichert seien, gäbe es nur sehr eingeschränkt. Sie appellierte auch an die reichsweite Berufsorganisation, den Allgemeinen Deutschen Lehrerinnenverein, kurz ADLV: „Wenn gegenwärtig Bestrebungen – auch politische Parteien – darauf abzielen, der Frau die staatsbürgerliche Gleichberechtigung wieder zu entziehen, so muß der A.D.L.V. den Abwehrkampf

aufnehmen.“ Spaeths Eingaben an die Ministerien geben einen tiefen Einblick in das prekäre Geschlechterverhältnis der Weimarer Demokratie und die fragilen Errungenschaften der Gleichberechtigung. Trotz verfassungsrechtlich abgesicherter Gleichstellung wurden Lehrerinnen bei der Entlohnung benachteiligt und blieb ihr Zugang zu Leitungspositionen schwer, eine heikle Frage weiblicher Autorität gegenüber Männern.

Forschungen zufolge begann bereits um 1928 eine erneute „Remaskulinisierung des politischen Raumes“, so ein Begriff von Kirsten Heinsohn, was anhand der Verbandspolitik und den Eingaben von Elise Spaeth bestätigt wird. Die Dominanz eines männlichen Führerprinzips zeichnete sich bereits in den letzten Jahren der Republik ab, wonach politisches Handeln nicht mehr durch demokratische und damit auch von Frauen mitzubestimmende Wahlen legitimiert erschien.

Gleichschaltung im NS-Staat

Am 1. Mai 1933 gab Elise Spaeth ihren Rücktritt vom Vorsitz des Bayerischen Lehrerinnenvereins bekannt. Alle Verbände wurden gleichgeschaltet und in den Nationalsozialistischen Lehrerbund eingegliedert. Das war das Ende der frauenpolitischen Arbeit im Lehrerinnenverein und das Ende der liberalen Frauenbewegung.

Der Gesundheitszustand von Elise Spaeth war zu diesem Zeitpunkt bereits angegriffen. Sie starb 1935 an den Folgen eines Herzleidens. 1966 wurde im Neubaugebiet auf der „Brucker Höhe“ in Erlangen eine Straße nach ihr benannt.

von Nadja Bennewitz

selbstständige Historikerin,
M.A.
wissenschaftliche Angestellte
am Lehrstuhl für Didaktik der
Geschichte,
Friedrich-Alexander-Universität
Erlangen-Nürnberg



Eine Langfassung dieses Artikels findet ihr unter: gew-bayern.de/mitgliederzeitschrift-dds

„Hätte ich's gemerkt?“ – Ein Schulprojekt über Mädchen in der NS-Zeit



Zeitzeugin Gisela E. Marx vor einer Schulklasse

Wie kam es zum Schulprojekt „Hätte ich's gemerkt?“ und warum gehe ich heute als 86-jährige Zeitzeugin in Realschulen und Gymnasien, um mit 12- bis 17-jährigen Jugendlichen zu reden? Das ist eine längere Geschichte.

Als Kabarettistin und ehemalige Lehrerin bekam ich vor vielen Jahren von einer Gleichstellungsbeauftragten den Auftrag, einen Abend über „100 Jahre Frauenbewegung“ zu gestalten. Ich erfand also mit tatkräftiger Unterstützung von Historikerinnen eine unterhaltsame Jahrhundertrevue und gab im Duo mit der Pianistin Dorrit Bauerecker deutschlandweit über 350 Vorstellungen. In diesem Stück kam natürlich auch die Nazizeit vor. Ich spielte, sang und erzählte von zwölf Jahren deutscher Geschichte, in denen alles, was vorher an Gleichberechtigung von

den Frauen erkämpft worden war, gesetzlich abgeschafft wurde. Ungelöst blieben dabei die Fragen: Warum haben die Frauen sich damals nicht gewehrt? Wie ist es dem NS-Regime gelungen, Millionen „ganz normaler“ Frauen, Arbeiterinnen genauso wie Akademikerinnen, für sich zu gewinnen? Waren die alle so viel dümmer als wir heute?

Frauen im Nationalsozialismus

Und so begab ich mich auf die Suche nach Antworten und verarbeitete diese acht Jahre später in einer Doku-Collage (NS-Radio-Revue) mit dem Titel „Frauen in der NS-Zeit“. Bei der schwierigen Recherche zu diesem Stück fiel mir auf, wie einsam ich mit meinem Thema war, und ich erfuhr am eigenen Leib den

Satz von Anna Maria Schürmann, den sie bereits 1638 niederschrieb: „Daher kommt es, dass bei der Lektüre historiographischer Werke über weite Zeitaläufe hinweg von den Spuren der Frauen nicht mehr erscheint, als von den Spuren eines Schiffes im Meer.“

Ich gab nicht auf und fand den Weg zu Primärmaterialien in Archiven in Köln (RadioMuseum), München (Institut für Zeitgeschichte), Freiburg (Archiv des Deutschen Caritasverbands), Kassel (Archiv der deutschen Frauenbewegung), Bonn (Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung), Wiesbaden (Deutsches Rundfunkarchiv), Berlin (Deutsches Musikarchiv) und Mainz (Deutsches Kabarettarchiv). Zusätzlich führte ich Interviews mit einer ehemaligen Führerin der NS-Frauenenschaft. Dem neuen Stück, das mit kräftiger Unterstützung meiner Musikerkolle-

gin Dorrit Bauerecker entstand, gab ich den Namen „Kann denn Jubeln Sünde sein?“ (frauen-kabarett.de).

Ideologischer Aufwertung folgt reale Abwertung

Meine Recherchen zeigten, dass Frauen im ganzen Land als Werbe- und Begrüßungsgeschenk der Diktatur das Angebot bekamen, sich in der „Nationalsozialistischen Frauenschaft“ zu organisieren. Von der ärmsten Arbeiter- oder Bauernfrau bis zur reichsten Gattin oder klügsten Akademikerin – alle konnten dort Mitglied werden. Jede Frau wurde als lebenswichtig und kostbar für den Aufbau Deutschlands bezeichnet. Sie fühlten sich ernst genommen, aufgewertet und waren nicht mehr in der Familienarbeit isoliert. Endlich durften Frauen auch Politik machen, meinten viele.

Gleichzeitig wurden die wenigen Frauen, die Führungspositionen innehatten, gekündigt. Bis auf Weiteres wurden sie ihnen verwehrt. Nach ein paar Jahren waren fast alle emanzipatorischen Versprechungen abgeschafft. Widerstand wurde lebensgefährlich. Es wurde offenkundig, dass Hitler mit „politischer“ Frauenarbeit das Kinderkriegen und das Dienen unter männlicher Herrschaft verstand.

Wenn wir unser Stück „Kann denn Jubeln Sünde sein?“ spielen, erweitern wir es immer um tagesaktuelle Zitate rechtsextremer Akteur*innen – auch in Schulen (frauen-kabarett.de/category/ns-radio-revue).

Schulprojekt „Hätte ich’s gemerkt?“

In den letzten Jahrzehnten stieg der Einfluss der Rechtsextremen in Deutschland ständig an. Ich war vom Erfolg der AfD alarmiert und erschrocken darüber, wie viele Frauen in rechtsextremen Kreisen aktiv sind. Rechtsextreme treffen auf eine Jugend, die leicht zu gewinnen ist. Sie ist durch den Unterricht zwar meistens vor den Folgen der Hitlerdiktatur gewarnt, aber oft nicht vor der gefährlichen Vereinnahmung in den Anfängen. Ich sehe aber auch eine neue, politisch wache Generation, die die Gefahr erkennt hat und den Rechtsstaat nicht noch einmal verlieren möchte.

Und so entstand die Idee zum Schulprojekt. All die jahrelang gesammelten Originalmaterialien waren das Kapital, das ich als Grundlage dafür einbringen konnte. Nun kommt die Geschichtsabteilung im Kulturreferat der Stadt München ins Spiel, die mich finanziell unterstützte und mir den Zugang zu den Archiven ebnete.

Für das Schulprojekt recherchierte ich nun über Mädchen in der Nazizeit. Ich suchte und fand Originalmaterial und bekam Rat und Hilfe von vielen Seiten. Da ich im Interview mit Zeitzeug*innen und in Originaldokumenten erfahren hatte, wie schwer es für viele war, den Betrug zu erkennen, nannte ich das Projekt „Hätte ich’s gemerkt?“.

Der Etat des Geschichtsreferates erlaubte mir ein kleines Team aufzubauen. Mit diesem Team entstand aus dem reichlich gesammelten Bildmaterial sowie aus den zahlreichen Tagebüchern, Schulheften und den Publikationen des „Bundes deutscher Mädchen“ (BDM) ein Doku-Spielfilm für ein junges Publikum. Er beschreibt die Hitlerjugend mit Fokus auf ihre weibliche Organisation, den BDM. Dass es auch Mädchen im Widerstand gab, vergaßen wir dabei nicht.

Die gesamte Vorarbeit und die Dreharbeiten fanden vor, während und nach der Coronapandemie statt. Ausgewählt aus den Originaltexten schrieb ich kleine Monologe, die wir mit den Bildern kombinierten. Als der Film fertig war, sahen wir, dass es ein Dreigenerationenprojekt geworden ist. Deshalb möchte ich die beiden Mitstreiterinnen des Projekts für ihre jeweilige Generation hier zu Wort kommen lassen.

Manuela S., Bildregie und Schnitt, Theaterpädagogin, Videografin, 58 Jahre: „Heute beeinflussen Rechtsextreme in digitalen Netzwerken den gesellschaftlichen Diskurs über Feminismus. Dazu lassen sich nicht zuletzt auch ‚harmlose‘ Lifestyle-Influencerinnen vor den rechten Karren spannen. Mit romantischen Bildern erzeugen sie Gefühle zum Muttersein, zur Natürlichkeit und deutschen Traditionen, und ebnen damit gezielt den Weg für eine rassistische und sexistische Politik.“

Nicoletta P., Studentin, spielt und spricht im Film das BDM-Mädel, 19 Jahre: „Sicherlich hat sich das Leben junger Mädchen seit den Zeiten des BDM sehr verändert. Trotzdem sind weder echte Gleichberechtigung noch die Befreiung

von festen Geschlechterrollen auch in der westlichen Welt noch lange nicht erreicht, wie Bewegungen wie #MeToo, #bodypositivity, #timesupnow und #equalpay beweisen.“

Seit zwei Jahren besuche ich nun mit diesem Film Schulklassen als Zeitzeugin und Oma, die die Schüler*innen über die Nazizeit ausfragen dürfen. Zusätzlich versuche ich mit Anekdoten und kleinen Geschichten aus meiner Kindheit – ich war bei Kriegsende sieben Jahre alt – die Zeit der Unterdrückung von Recht und Redefreiheit anschaulich zu machen.

Der Film mit den geplanten Fragepausen nimmt eine Schulstunde in Anspruch. Eine zweite Schulstunde braucht es für das Gespräch. Meine Erfahrung ist, dass das Gespräch sehr wichtig ist, denn die Jugendlichen haben viele Fragen zur damaligen Zeit. Sie denken auch unter dem Fokus der NS-Zeit und des Erstarkens der Rechten heute über ihre Zukunft nach und ihre Redebeiträge sind es wert, gehört zu werden. Viele von ihnen erzählen, dass ihre Omas zu viel oder gar nicht darüber sprachen. So ist jeder Schulbesuch auch für mich eine neue Erfahrung.

Die Finanzierung des Projekts kann für Münchner Schulen beim Pädagogischen Institut beantragt werden. Als Bedingung für meinen Besuch gilt, dass im Geschichtsunterricht die NS-Zeit bereits Thema war. Da das Filmmaterial missbraucht werden kann, steht es öffentlich nicht zur Verfügung.

Bei allen Arbeiten zum Thema Erinnerung halte ich mich an einen Satz von George de Santayana (1863-1952): „Wer sich an die Vergangenheit nicht erinnern kann, ist verdammt, sie zu wiederholen.“



von
Gisela E. Marx

Weitere Informationen zur Planung eines Schulbesuchs: marx-gisela.de

Freiwillig ist das neue Muss



Foto: IMAGO/Bernd Friedel

Am 26. Februar legte die Bayerische Staatsministerin für Unterricht und Kultus Anna Stolz (FW) ein „Gesamtkonzept zur Personal- und Unterrichtsversorgung im Schuljahr 2025/2026“ vor.¹ Das 54-seitige Werk setzt bezogen auf jede einzelne Schule zumeist auf Freiwilligkeit, gaukelt also eine Autonomie vor, über der ein Damoklesschwert schwebt, das deutlich macht: Schafft ihr das nicht allein, den Mangel zu aller Zufriedenheit zu bewältigen, folgt im übernächsten Schuljahr der Zwang von oben. Hier ein Kommentar zum Maßnahmenkatalog aus dem Hauptpersonalrat.

Und wehe, ihr arbeitet nicht freiwillig mehr!

Sind wir jetzt mit einem blauen Auge davongekommen? Müssen wir dankbar sein, dass es doch nicht so schlimm geworden ist, wie von vielen befürchtet? Keine Erhöhung der Unterrichtspflichtzeit. Keine Änderung der familienpolitischen Teilzeit. Keine Abschaffung der Altersteilzeit. Gerade nochmal alles gut gegangen?

Von wegen gut. Das Piazolo-Paket aus dem Jahr 2020 für Grund-, Mittel- und Förderschulen gilt dort nach wie vor fast uneingeschränkt. Das hat Folgen: Gesund den Ruhestand zu erreichen, schaffen immer weniger. Nur

noch rund 18 Prozent der Lehrkräfte arbeiten bis zum regulären Eintrittsalter, der Rest geht auf Antrag früher oder ist schon vorher dienstunfähig. Maßnahmen gegen diesen Missstand vonseiten des Kultusministeriums gibt es nicht. Im Gegenteil: Antragsteilzeit kann jetzt auch an Real- und Berufsschulen verweigert werden. Und für alle Schularten gilt: Stunden streichen, Klassen vergrößern, Gruppen zusammenlegen. Bildungsqualität sieht anders aus.

Und wehe, ihr arbeitet nicht freiwillig mehr! Dann ändern wir das Beamtengesetz. Nicht heute, aber vielleicht schon morgen. Nein, nicht wir im Kultusministerium. Wir sind doch die Guten. Das macht dann der Söder (CSU), denn der weiß ja schon lange: Lehrer*innen sollen einfach mehr arbeiten, basta. Und rechnen kann der auch: Wenn jede Lehrkraft zwei Stunden mehr unterrichten würde, dann gäbe es ordentlich Spielräume. Dann könnten wir auch bis zum Mond fliegen oder gleich zum Mars. Da wartet dann schon der Elon. Der kennt sich ja aus mit Personalführung.

Zurück auf den Boden der Realität. An unseren Schulen läuft es gar nicht gut. Wir sind zu wenige. Wir haben zu viele Probleme und täglich werden es mehr: die Umsetzung der Inklusion, der Integration, des Ganztags, dazu die Digitalisierung und jetzt auch noch die

AfD. Es brennt überall. Und was macht ihr? Ihr kommt uns mit einem „Maßnahmenkatalog“ für noch mehr Arbeit, für noch weniger Bildung. Wenn ihr ehrlich seid, steckt nicht mehr dahinter.

Transparenz ist gut, Ehrlichkeit wäre besser. Warum machen wir Sprachtests, wenn wir anschließend nicht fördern können? Was nützen uns Entbürokratisierungsmaßnahmen, die nicht bei uns ankommen? Wozu haben wir einen Arbeits- und Gesundheitsschutz, der nur auf dem Papier existiert?

„Beste Bildung für Bayerns Schüler“ – das wünschen wir uns auch. Aber erreichen können wir das nur gemeinsam. Dazu brauchen wir bessere Arbeits- und Lernbedingungen, für Lehrer*innen und für Schüler*innen. Wenn wir gesund bleiben sollen, dann müsst ihr endlich aufhören, uns unter Druck zu setzen. Die Belastungen müssen runter. Für alle. Sofort.



von
Markus Weinberger
Mitglied im Hauptpersonalrat

¹ [km.bayern.de/ministerium/bildungspolitische-schwerpunktthemen/unterrichtsversorgung/gesamtkonzept](https://www.km.bayern.de/ministerium/bildungspolitische-schwerpunktthemen/unterrichtsversorgung/gesamtkonzept)

Lasst Lisa lehren!



Foto: Dorothea Weniger

Am 14. Februar fand im Rahmen deutschlandweiter „Fridays for Future“-Proteste auch eine Kundgebung auf dem Königsplatz in München statt. Dort sprach unter anderem Lisa Poettinger, die aktuell von einem Ausbildungsverbot betroffen ist. Hier ihre Rede.

Hallo, ich bin Lisa. Ich bin Klimaaktivistin aus München. Und ich bin von einem Berufsverbot betroffen.

Als vor mehr als vier Jahren das Kohleausstiegsgesetz beschlossen wurde, fühlte es sich an wie ein Schlag in den Bauch. Zehntausende waren für Klimaschutz auf der Straße, aber die Regierung wollte erst viel zu spät, 2038, aus der Kohle aussteigen. Auf einer Demonstration rief ich in ein Megafon: „Ich fühle mich so ohnmächtig und so verwundbar wie schon lange nicht mehr. Eigentlich bin ich eine Frau, die ihren Träumen nachgeht. Ich studiere genau das, was ich will. Lehramt. Ich werde Lehrerin. Diese Berufung habe ich gewählt, weil ich junge Menschen handlungsfähig machen will, weil ich ihnen Perspektive geben will. Ich möchte ihnen helfen, ihre Träume zu erreichen und ihr volles Potenzial auszuschöpfen. Doch nun ist da dieses Kohleausstiegsgesetz – irgendwie ist jetzt alles egal.“

Es fühlte sich so an, als könnten wir sowieso unsere Träume begraben.

So, als könnten wir jungen Menschen unser Potenzial sowieso niemals ausschöpfen, weil die Lebensumstände es nicht mehr erlauben würden. Meine jüngste Schwester war damals fünf, es hat mir das Herz gebrochen. Und Bildung erschien mir auch wie eine Farce. In meiner Rede fragte ich: „Was ist der Wert von Bildung, wenn wir wissen, dass die Kohle unsere Lebensgrundlage zerstört, Wissenschaftler*innen die erschütternde Realität offenlegen und die Entscheidungstragenden das trotzdem nicht kümmert? Wenn sie so entscheiden, dass wir keine Chance mehr auf ein 1,5-Grad-Ziel haben?“

Mittlerweile ist das 1,5-Grad-Ziel tot. Sie nehmen uns die Zukunft. Sie zerstören bereits jetzt das Leben unzähliger Menschen im globalen Süden, wo einer Dürreperiode mit Hungersnöten tödliche Überschwemmungen folgen. Sie brechen regelmäßig ihre eigene Verfassung. Denn sie tasten ständig die Würde des Menschen an, ob an den europäischen Außengrenzen, in rassistischen Debatten oder einfach über ihre tödliche Klimapolitik. Sie verwehren Menschen das Recht auf freie Entfaltung, weil sie in einer von Extremwetterereignissen heimgesuchten Welt nur noch ums Überleben kämpfen können. Sie behandeln Menschen nicht gleich, denn sonst würde auch das Leben der Menschen im globalen Süden etwas

zählen, die bereits jetzt unter der Klimakrise leiden. Sie verletzen das Recht auf Leben – durch Waffenlieferungen an genozidale Regime, durch tödliche Gewalt an den Grenzen, durch ihre Klima-Eskalationspolitik.

Die Zukunft, die die Wissenschaft uns zeichnet, ist eine solche, dass ich meinen allertiefsten Lebenstraum bereits mit 23 Jahren aufgegeben habe: Mutter sein. Ich habe mich gegen Kinder entschieden, weil ihre Zukunft von Kämpfen um knappe Ressourcen geprägt sein wird und ich das schrecklich finde.

Und das ist doch der Grund, warum wir auf die Straße gehen und Klimagerechtigkeit einfordern. Weil wir unser existenzielles Recht auf Leben verteidigen, weil wir die Menschheit vor den Profitinteressen der Konzerne verteidigen, die unsere Erde bis zum letzten Cent verwüsten.

Und was kriegen wir dafür? In Augsburg erlebte eine 15-jährige Klimaaktivistin wegen abwaschbarer Sprühkreide eine Hausdurchsuchung im Kinderzimmer. Wegen Kreide! Da werden Telefongespräche zwischen Klimaaktivist*innen und Journalist*innen vom Staat abgehört. Da wird mit massiver Polizeigewalt gegen uns in Lützerath vorgegangen. Da werden Antiterrorgesetze wie die Präventionshaft gegen uns eingesetzt. Und jetzt kommt es sogar

zum Berufsverbot! Und wir alle Betroffenen werden irgendwie zum Außen-seiter.

Irgendwas kann mit ihnen ja nicht richtig sein, wenn Leute Hausdurchsuchungen, Antiterrorgesetze, den Verfassungsschutz und Berufsverbote auf sich ziehen. Das denken viele. Aber ich sag euch eins: Passt nur auf, morgen trifft es vielleicht dich oder dich oder dich.

Vielleicht ist ja nicht mit uns was falsch. Mit uns, die wir einfach nur das Leben auf diesem Planeten gegen su-

perreiche Klimakriminelle verteidigen. Vielleicht ist ja eher etwas falsch mit einem System, das lieber Autokonzernen die Produktion von Tausenden SUVs und Kohlekonzernen das Abbaggern ganzer Dörfer für ihren Profit erlaubt, statt etwas gegen die Klimakrise zu machen. Vielleicht ist ja eher etwas falsch mit einem System, das Menschenrechte der Profitmaximierung von Konzernen unterordnet und damit regelmäßig die Verfassung bricht. Vielleicht ist ja eher etwas falsch, wenn Wirtschaften

nicht auf das Gemeinwohl, sondern auf individuelle Bereicherung auf Kosten aller anderen ausgerichtet ist.

Das Berufsverbot ist nicht das Schlimmste, was sie mir antun. Das Schlimmste ist ihre Klimapolitik, ihr regelmäßiges Brechen von Menschenrechten. Ich werde mich nicht zur Komplizin dieser ausbeuterischen, klimazerstörenden Verhältnisse machen. Drum stimmt gern mit mir ein: Für das Klima und die Erde – brecht die Macht der Banken und Konzerne!

Solidaritätserklärung der GEW Bayern

Lasst Lisa lehren!

Solidarität mit Lisa – Gegen politisch motivierte Berufsverbote!



Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus will Klimaaktivistin die Zulassung zum Vorbereitungsdienst für das Lehramt an Gymnasien verweigern

Ende letzten Jahres drohte das bayerische Kultusministerium der Klimaaktivistin Lisa Poettinger an, ihr die Zulassung zum Vorbereitungsdienst für das Lehramt (Referendariat) zu versagen, was faktisch einem Ausbildungsverbot gleichkommt. Nach jahrelangem Studium und einigen Zusatzqualifikationen soll Lisa ihre Ausbildung nicht beenden dürfen.

Lisa hatte bereits 2015 mit dem Abitur eine Auszeichnung für besonderes ehrenamtliches Engagement durch ihren Einsatz für Geflüchtete erhalten. Die über die Jahre ihres Aktivismus gewachsene Erkenntnis, dass unendliches Wachstum auf einer Erde mit begrenzten Ressourcen nicht möglich ist, führte sie zum Offenen Antikapitalistischen Klimatreffen München, wo sie sich auch während ihres Studiums weiter engagierte. Dieses organisierte zum Beispiel eine Kampagne im von Armut betroffenen Münchner Viertel Hasenberg gegen eine Autobahn durch Parks und Spielplätze oder Proteste gegen die Automobilmesse IAA. Deshalb wirft das bayerische Kultusministerium Lisa nun u. a. vor, eine Verfassungsfeindin zu sein.

Eine Zulassung zum pädagogischen Vorbereitungsdienst sei zu versagen, weil Lisa für die Tätigkeit als Lehrkraft ungeeignet erscheine. In Artikel 12 Absatz 1 Satz 1 Grundgesetz steht: „Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen.“ Da der Staat das Ausbildungsmonopol beim Lehramtsreferendariat innehat, kann Lisa ohne Zulassung zum Vorbereitungsdienst ihre Berufsausbildung nicht beenden. Hier sehen wir ihr Grundrecht auf freie Berufswahl stark eingeschränkt.

Wie jede andere Berufsgruppe auch haben Lehrkräfte das Recht, privat politisch engagiert zu sein. Besonders an Schulen, an denen Kinder und Jugendliche in Demokratie, Kritikfähigkeit und Meinungsfreiheit erzogen werden sollen, sind politisch engagierte Lehrkräfte erforderlich, die diese Werte nicht nur vermitteln, sondern auch selbst vorleben. Es ist ihr Bildungsauftrag, unter Wahrung des Neutralitätsgebots und Indoktrinationsverbots, zukünftige Generationen zur Mündigkeit zu erziehen. Kritik an der gesellschaftlichen Ordnung muss nicht nur erlaubt sein, sondern ist essenziell für die fortwährende Weiterentwicklung unseres Zusammenlebens.

Wir rufen daher dazu auf: Solidarisiert euch mit Lisa und unterzeichnet folgenden Aufruf!

Wir sind schockiert von der Absicht des bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus, Lisa die Zulassung zum Vorbereitungsdienst für das Lehramt zu versagen! Egal ob wir Lisas Einschätzungen und Herangehensweisen teilen oder nicht: Einer engagierten Person aus politischen Gründen den Berufsweg, ja sogar den Abschluss der Ausbildung zu verweigern, halten wir für skandalös! Klimaaktivismus und kritischer politischer Diskurs kann nicht mit dem Agitieren von erklärten Verfassungsfeind*innen und Rechtsextremist*innen gleichgesetzt werden.

Ein Berufsverbot stellt einen eklatanten Eingriff in die Grundrechte einer Person dar. Es beschneidet die Freiheit, über den eigenen beruflichen Lebensweg zu bestimmen; es beschneidet das Recht auf Bildung; die Möglichkeiten, die eigene existenzielle Grundlage zu sichern. Darüber hinaus geht es mit einer immensen gesellschaftlichen Ächtung und Ausgrenzung einher.

Deshalb fordern wir das bayerische Kultusministerium dazu auf, Lisa den Eintritt in den Vorbereitungsdienst zeitnah zu ermöglichen und ihr damit ihr Grundrecht auf Ausbildung nicht weiter zu verweigern!

Scheinselbstständig: Übergangsregel geht zulasten der Lehrkräfte

Der Streit um die Scheinselbstständigkeit in der Weiterbildung ist vorerst entschieden – zulasten der Lehrkräfte. Am 30. Januar verabschiedete der alte Bundestag noch eine Übergangsregel, die bis Ende 2026 gelten soll.

Das Bundessozialgericht hatte 2022 im „Herrenberg-Urteil“ entschieden, dass eine Musikschullehrerin „scheinselbstständig“ war, weil die Musikschule die Unterrichtsräume und die Ausstattung stellte, die Unterrichtszeit und die Teilnehmer*innen festlegte und die Lehrerin keine „eigenen“ Schüler*innen unterrichten konnte. In einem Urteil im November 2024 entschied das Gericht ebenso im Falle eines VHS-Dozenten. In Musik- und Volkshochschulen, aber auch bei Integrationskursträgern und Hochschulen brach daraufhin Panik aus. Denn, die bis dahin als selbstständig geltenden Lehrkräfte bezahlten ihre Pflichtbeiträge zur Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung in voller Höhe selbst (etwa 38 Prozent des Einkommens vor Steuern). Nach der neuen Rechtsprechung müssten sich nun die Bildungsträger zur Hälfte daran beteiligen. Rechnet man die Unfall- und Arbeitslosenversicherung dazu, läge ihre Belastung bei etwas über 20 Prozent – wie eben für alle anderen Arbeitgeber auch.

Schachzug vor der Bundestagswahl

Die Panik der Arbeitgeber fand bei Bundesarbeitsminister Heil (SPD) Gehör. Sein Haus schlug vor: Wenn die Rentenversicherung in einem Statusverfahren oder bei einer Betriebsprüfung die Hinterziehung der Beiträge durch den Arbeitgeber feststellt, soll dies nur dann Konsequenzen für ihn haben, wenn die Lehrkraft zustimmt;

dann aber auch rückwirkend. Erklärt die Lehrkraft dies dem Bildungsträger gegenüber auch für die Zukunft, müssen die Arbeitgeber auch dann ihre Pflichtbeiträge bezahlen. Damit das Vorhaben noch vor der Bundestagswahl durchging, wurde es als „Omnibus-Gesetz“ in den Bundestag eingebracht, sprich ein ohnehin gerade in Beratung befindliches anderes Gesetz wurde einfach ergänzt. In diesem Fall war es der neue § 127 Sozialgesetzbuch IV. Damit ersparte man sich die parlamentarische Beratung und Diskussion mit Verbänden, Medien, der Öffentlichkeit und Expert*innen.

Nicht betroffen davon sind freiberufliche Lehrkräfte, die wirklich selbstständig arbeiten, die also z. B. auf eigene Rechnung Nachhilfe, Musik- oder Sprachunterricht anbieten. Lehrkräften bei Bildungseinrichtungen dürfte aber in Zukunft das Messer auf die Brust gesetzt werden: „Entweder Du unterschreibst – völlig freiwillig natürlich –, dass du selbstständig arbeitest, oder dies war dein letzter Auftrag.“ Diese Drohgebärde wird funktionieren, denn arbeitsrechtlich besteht weiterhin kein Schutz vor Kündigungen oder willkürlichen Befristungen. Schon die Urteile betrafen nur die Sozialversicherung, nicht das Vertragsrecht.

Was sollten Lehrkräfte beachten?

Vor allem müssen sie rechnen. Die Zustimmung gilt immer nur für ein Vertragsverhältnis, kann also je nach Arbeitgeber erteilt oder verweigert werden. Dabei gilt eine Verjährungsfrist von vier Kalenderjahren, also rückwirkend bis Januar 2021 – falls man der Empfehlung der GEW Bayern folgte und noch bis zum 31. Dezember 2024 einen Antrag auf Beitragserstattung ge-



Foto: Sora Shimazaki by pexels

stellt hatte, ein Jahr länger. Man kann also, wenn man die Zustimmung insgesamt verweigert, die selbst gezahlten Beiträge zur Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung für vier bis fünf Jahre erstattet bekommen, und zwar in voller Höhe. Das können Beträge von mehr als 50.000 Euro sein. Wenn man bei Auftraggebern also ohnehin nicht mehr tätig sein will, spricht in der Regel alles dafür, die Zustimmung abzulehnen. Wer weiterhin Verträge vom selben Auftraggeber erhalten möchte, muss sich entscheiden, was ihm* ihr mehr wert ist. Jedenfalls sollte man das Verlangen nach solchen Zustimmungen, die künftig auch in neuen Honorarverträgen sehr versteckt sein können, genau prüfen und sich gegebenenfalls beraten lassen. Wie es ab 2027 weitergeht, muss die neue Koalition entscheiden.



von Erwin Denzler
Gewerkschaftssekretär
für Weiterbildung

Mehr dazu: gew-bayern.de/aktuelles/detailseite/verzicht-auf-scheinselbststaendigkeit

Gewerkschaftliche Kooperation mit YM/UTNES¹ geht weiter!

Seit mehreren Jahren tauscht sich die GEW mit Kolleg*innen unserer Partnergewerkschaft in Nord- und Ostsyrien (YM/UTNES) aus. Derzeit stehen die politischen Ereignisse in Syrien im Vordergrund.

Bereits vor unserem letzten Online-Treffen mit unseren Kolleg*innen aus der Region Euphrat am 3. Dezember 2024 zum Thema „Schule und Gesundheit zusammendenken“² war bekannt, dass mit einem Machtwechsel in Syrien zu rechnen ist, denn zu diesem Zeitpunkt war die islamistische HTS³, unterstützt von der Türkei, bereits in einige Gebiete Syriens einmarschiert. Hunderttausende waren auf der Flucht.

Obwohl auch unsere Kolleg*innen aus Nord- und Ostsyrien davon betroffen waren, wollten sie unseren Austausch nicht platzen lassen. Sie berichteten von den schwerwiegenden Folgen der Ereignisse in ihrer Region, auch bezogen auf die Bildungspolitik. Bis zu 200.000 Geflüchtete seien unter winterlichen Bedingungen unterzubringen und zu versorgen. Da dafür Schulen genutzt werden müssen, findet derzeit kaum Unterricht statt, denn die humanitäre Versorgung habe Vorrang. Schließlich ist auch gemäß WHO Gesundheit, die als „Zustand des vollständigen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlergehens“ definiert wird, ein Menschenrecht. Wie aber kann dieses Menschenrecht im Krieg und unter ständigen Bedrohungen gewährleistet werden? Kinder entwickeln bereits Angstzustände und Depressionen. Hepatitis breitet sich aus, von der Nahrungsknappheit und Mangelernährung ganz zu schweigen. Gleichzeitig blockiert die Türkei völkerrechtswidrigen Zugang zu lebenswichtigem Wasser.

Die Lehrkräfte vor Ort solidarisieren sich und helfen, indem sie z. B. im Unterricht Kindern ermöglichen, über Malen ihre Gefühle auszudrücken. Die Berichte machten uns alle sehr betroffen. Gemeinsam entwickelten wir die Idee, für die Kolleg*innen in Nord- und Ostsyrien eine professionelle Fortbildung zum Umgang mit psychischen Belastungen zu organisieren.

Änderung der Lehrpläne

Dass im Zuge der Umwälzungen in Syrien auch eine Islamisierung des Unterrichts erfolgen könnte, befürchteten wir schon im Dezember. Im Januar brachte die Übergangsregierung dann ein Papier heraus, das Änderungen in den Lehrplänen hin zu islamistischen Inhalten ankündigte. So sollen z. B. die Evolutionstheorie aus den Lehrplänen gestrichen und Verpflichtungen zum islamischen Glauben aufgenommen werden. Damit ist das demokratisch und pluralistisch strukturierte Bildungswesen Nord- und Ostsyriens gefährdet. Es braucht unsere gewerkschaftliche Solidarität, damit die bewährten Ideen der multikulturellen, multireligiösen und geschlechtergerechten Bildung gegen derartige Vorhaben durchgesetzt werden können.

Zukunft der selbstverwalteten Gebiete

Der Frage nach der Zukunft der selbstverwalteten Gebiete ging unser Kollege Dr. Kerem Schamberger bei einer gemeinsamen Veranstaltung von attac und GEW am 4. Februar in Rosenheim nach, denn nach dem Sturz des Assad-Regimes und der Machtübernahme durch die islamistische HTS im vergangenen Dezember überschlugen sich die Ereignisse. Inzwischen wurde der HTS-Milizenführer al-Dscholani, der sich jetzt al-Scharaa nennt und auf den die USA ein Kopfgeld von 10 Millionen Dollar ausgesetzt hatte, zum Übergangspräsidenten ernannt. Auch wenn er sich aktuell um ein gemäßigtes Auftreten bemüht und eine neue Verfassung sowie Wahlen in etwa vier Jahren in Aussicht stellt, fragen sich viele, welchen Stellenwert darin Demokratie und Menschenrechte haben werden. Laut Kerem eine Frage, die zum aktuellen Zeitpunkt nicht beantwortet werden kann. Zu viele unterschiedliche Interessen beeinflussen die Entwicklungen, allen voran die der Türkei, der USA und auch Israels.

Die Vertreter*innen der Selbstverwaltung in Nord- und Ostsyrien zeigen



sich nach allen Seiten hin gesprächsbereit, um ihre Vorschläge für eine friedliche Zukunft Syriens in einer vielfältigen Gesellschaft voranzutreiben, trotz aller Bedrohungen und Angriffe durch die Türkei, wie zuletzt durch todbringende Drohnen auf friedlich protestierende Zivilist*innen am Tishrin-Staudamm am Euphrat. Oder trotz der völkerrechtswidrigen Zerstörung einer Wasserstation für Kobanê und Umgebung, sodass nun etwa 200.000 Menschen ohne Wasser auskommen müssen. Um die Lage in Kobanê ging es dann auch in meinem Bericht zu den Perspektiven des Mädchenberufsschulprojekts, das wir seit Jahren verfolgen.

Besuch von Nesrîn Reşik

Nesrîn Reşik, die Co-Vorsitzende der Partnergewerkschaft aus Nord- und Ostsyrien, kommt zum Gewerkschaftstag im Mai 2025 nach Berlin. Danach bereist sie mehrere Bundesländer, wobei Einblicke in die regionale Gewerkschaftsarbeit und der gewerkschaftliche Austausch im Vordergrund stehen. In der ersten Juniwoche dürfen wir sie in Bayern begrüßen. Ihre Zeit bei uns wollen wir für Veranstaltungen und Gespräche nutzen. Wer sich an der Organisation beteiligen möchte, wendet sich bitte an mich (margot.simoneit@gew.bayern).



von Margot Simoneit

Interkulturelle Bildung (LIB)
in der GEW Bayern

¹ YM/UTNES: Yekîtiya Mamosteyên Bakur û Rojhilatê sûriyeyê ist eine Lehrer*innengewerkschaft in Nord- und Ostsyrien.

² Vgl. Bericht in der DDS 1-2/2025, S. 3

³ HTS: Hai'at Tahrir asch-Scham. Bis zur Machtübernahme galt die HTS als islamistische Terrororganisation.

Berichte ... Berichte ... Berichte ... Berichte ... Berichte ... Berichte ... Berichte ... Berichte

Tarifvertrag für studentische Beschäftigte – JETZT!

Über 200 studentische Beschäftigte und solidarische Studierende trafen sich vom 21. bis 23. Februar 2025 in Göttingen zur zweiten TVStud-Organizing-Konferenz, um Verabredung für die Tarifrunde der Länder 2025 zu treffen. Das Ziel ist klar: Her mit dem Tarifvertrag für studentische Beschäftigte!



Foto: Kay Herschelmann

Das Wochenende begann mit Schlaglichtern der TVStud-Bewegung: Sabrina Arneht aus der Brandenburger TVStud-Initiative berichtete über die Einführung der hart erkämpften studentischen Personalräte an den Brandenburger Hochschulen. Von den hessischen Hilfskräften berichtete Niklas Beick. Aus der Passauer TVStud-Initiative gab Luna Pentzek einen Überblick, wie die Tarifflicht an der Universität gestoppt wurde. Anschließend diskutierten wir diese und weitere Themen auf der Initiativmesse.

Am Samstag erwartete uns die große Organizing-Akademie. Doch zuerst diskutierten wir im Plenum, das Tim Skroblien und Heidi Heil moderierten, konkrete Vorschläge und unsere Strategie, wie wir unsere Forderungen in der Tarifrunde durchsetzen können. Dafür berichteten Laura Six und Mika Ringleb auch von ihren Erfahrungen in den TVStud-Verhandlungskommissionen. In der anschließenden Organizing-Akademie wurden die Grundlagen des Organizing vermittelt und direkt praktisch angewendet.

Abends wurde in einer Podiums- und Plenumsdiskussion zu Arbeitskämpfen mit allen Beschäftigungsgruppen unter dem Titel „United we stand – united we go on strike!“ deutlich, dass aus einer kollektiven Solidarität ein großes (Streik-)Potenzial entfaltet werden kann. Wie dies in kommenden Tarifrunden aktiviert und eingesetzt werden kann, werden die Kolleg*innen nun an ihren Hochschulstandorten ausprobieren müssen.

Am Sonntag folgten noch einmal Workshops, um die TVStud-Aktiven fit für die anstehenden Auseinandersetzungen zu machen. In dem anschließenden Abschlussplenum trafen wir wichtige Verabredungen für die nächsten Monate. Unser Plan für den Kampf um eine Tarifierung studentischer Beschäftigter: Wir führen bis zur Forderungsbefragung am 3. Juli 2025 bundesweit viele tausend Gespräche!

Wir haben uns viel vorgenommen und werden das auch schaffen, denn an diesem Wochenende stellten wir fest, dass wir nicht nur viele, sondern auch viele mit Expertise sind. Im Kontrast zur ersten TVStud-Organizing-Konferenz, die im Februar 2023 in Göttingen stattfand, sammelten wir nicht nur viele Erfahrungen, sondern konnten auch schon erste Erfolge feiern. Wir sind zuversichtlich, dass der TVStud in der kommenden Tarifrunde der Länder wieder gefordert wird und wir dieses Mal aus der SV einen TV machen – aus der schuldrechtlichen Vereinbarung rein in den Tarifvertrag!

von Lea Dahms

Bundeswehrförderungsgesetz auf dem Prüfstand



Foto: Elke Hahn

V. l. n. r.: Martina Borgendale, Martin Pilgram, Adelheid Rupp, Michael Fitz, Tobias Pflüger, Julian Mühlfellner

„Insgesamt 200 Klägerinnen und Kläger, darunter 17 Verbände und 185 Einzelpersonen, gehen gemeinsam gegen das Gesetz zur Förderung der Bundeswehr in Bayern vor, da wir der Ansicht sind, dass dieses verfassungswidrig ist“, so die Anwältin Adelheid Rupp bei der Pressekonferenz am 5. Februar in München. Dort erläuterte Martina Borgendale, Landesvorsitzende der GEW, dass das Gesetz die pädagogische Freiheit der Lehrkräfte an den Schulen sowie die Wissenschaftsfreiheit an den Universitäten im bedenklichen Maße einschränkt. Außerdem „werden Schulen zu Rekrutierungsstellen durch die Hintertür“. Martin Pilgram bekräftigte für pax christi: „Unsere Forderungen richten sich nicht nur an Länder wie etwa den Jemen oder Myanmar, sondern auch an unsere Bundesregierung. Man kann nicht auf der einen Seite die Kinderrechtskonvention der UN unterstützen und von anderen Ländern deren Einhaltung einfordern, auf der anderen Seite aber auch zulassen, dass Minderjährige bei uns in der Bundeswehr an Waffen ausgebildet werden. Allein im letzten Jahr waren 10 Prozent der neuen Soldatinnen und Soldaten minderjährig.“ Tobias Pflüger von der Informationsstelle Militarisierung (IMI) führte aus: „Wichtig ist für mich der politische Kontext des Gesetzes, welches eine direkte Reaktion auf die sogenannte ‚Zeitenwende‘ ist. Es geht um die Kriegstüchtigkeit der gesamten Gesellschaft. (...) Das Gesetz ist ein Muster: Bayern fängt wieder mal an und andere Bundesländer sollen folgen. Das heißt, es ist bundesweit entscheidend, ob dieses Bundeswehrförderungsgesetz hier in Bayern durchgeht oder nicht.“ Auch der Schauspieler und Musiker Michael Fitz begründete seine Unterstützung der Popularklage: „Von deutschem Boden soll nie wieder Krieg ausgehen“, hat nicht nur Willy Brandt gesagt. Wenn dem so sein soll, braucht es weder Jugendoffiziere noch Karriereberater der Bundeswehr an unseren Schulen und es braucht auch keinen Zugriff des Militärs oder der NATO auf zivile Forschung und Lehre an unseren Universitäten und damit keinen verfassungswidrigen Eingriff in die Grundrechte von Lernenden, Lehrenden und Forschenden.“ Julian Mühlfellner von der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner*innen bekräftigte: „Tatsächlich gab es in Deutschland in Reaktion auf das Dritte Reich, den Holocaust und den Zweiten Weltkrieg eine starke Tradition der kritischen Friedensforschung.“ An diese Tradition gelte es heute anzuknüpfen. Wissenschaftsminister Blume (CSU) spottete noch am gleichen Tag über diesen „Moral-Pazifismus“. Wer im Recht ist, wird das Verfassungsgericht entscheiden.

von Mark Ellmann

Pressemitteilungen der GEW Bayern im Februar 2025

- Bayerische Klimaaktivistin erhält Ausbildungsverbot – Bildungsgewerkschaft GEW solidarisiert sich mit ihr – PM 6 v. 12.2.2025
- „Der Weg zu einer chancengerechten Schule für alle!“ GEW Bayern lädt zu Fachtagung über Gemeinschaftsschulen am 15. Februar 2025 in Dachau ein – PM 7 v. 12.2.2025

Alle Pressemitteilungen der GEW Bayern sind hier zu finden: gew-bayern.de

Berichte ... Berichte ... Berichte ... Berichte ... Berichte ... Berichte ... Berichte

Aktiv gegen rechte Parolen im Klassenzimmer

Der Bezirksverband Niederbayern bot am 30. Januar 2025 eine Fortbildung für Lehrkräfte mit dem Titel „Was tun gegen Rechtsextremismus und Demokratiefindlichkeit im Klassenzimmer?!“ an. Dabei war die Nachfrage so groß, dass es am 12. März einen Zusatztermin gab. Der Ort für die Fortbildung war gut gewählt: Die Teilnehmenden trafen sich im LANDSHUTmuseum, in dem gerade die Ausstellung „Landshut im Nationalsozialismus“ zu sehen ist.

Der Bericht eines Kollegen aus dem Passauer Raum, an dessen Schule sich Neuntklässler*innen wiederholt mit „Heil Hitler“ begrüßen und im Klassenzimmer Parolen wie „Ausländer raus“ und „Nur die AfD“ grölten, gab den Anstoß für die Fortbildung. Besonders erschütterte uns, dass weder die Schul- noch die Klassenleitung aktiv dagegen vorgegangen sind. Auch wenn solche Extremfälle eher selten sind, spiegeln sie doch eine Grundstimmung wider, die viele Kolleg*innen in ihren Klassen wahrnehmen. Ausländerfeindliche, rassistische oder anderweitig diskriminierende „Sprüche“ sind an der Tagesordnung. Wie damit umgehen, wenn sachliche Argumente nicht mehr ankommen?

In der Fortbildung gingen wir zunächst der Frage nach, welche Lehren wir aus der NS-Geschichte ziehen können. Dr. Doris Danzer zeigte an ausgewählten Stationen der Ausstellung historische Anknüpfungspunkte: Inklusion, die Solidargemeinschaft, das Fürsorgeprinzip heute stehen Zwangssterilisation und Krankenmorden damals gegenüber. Ich nahm für mich mit, wie wichtig es bei der Auseinandersetzung mit

dem Nationalsozialismus ist, wirkliche Empathie bei den Jugendlichen zu erzeugen. Auf dieser Grundlage können sie dann aktuelle rechts-extreme Positionen viel besser einordnen und bewerten.

Im zweiten Teil der Veranstaltung tauschten wir uns über eigene Erfahrungen im Umgang mit Rechtsextremismus aus und überlegten, was wir dagegen unternehmen können. Dr. Gerald Hofmann, Regionalbeauftragter für Demokratie und Toleranz der Schulberatungsstelle Niederbayern, ging in seinem Vortrag auf die Ursachen von Demokratiefindlichkeit ein. Besonders haften geblieben ist mir, dass eine demokratische Grundhaltung nicht angeboren, sondern kulturell bedingt ist und von daher erworben werden muss. Damit ist Bildung unabdingbare Voraussetzung für eine funktionierende Demokratie, wobei diese keineswegs auf kognitive Aspekte beschränkt bleiben darf, sondern gerade auch das Erleben demokratischer Strukturen und Teilhabemöglichkeiten umfassen muss.

Ich fühle mich durch die Fortbildung und die bewusste Auseinandersetzung mit dem Thema nun sicherer im Umgang mit rechten Umtrieben in der Schule. Diskussionen im Klassenzimmer begegne ich selbstbewusster, nicht nur, weil ich jetzt weiß, was ich tun und sagen darf – es ist viel mehr, als ich dachte! –, sondern auch, weil ich jetzt weiß, wie wichtig es ist, eindeutig Stellung zu beziehen, wenn Demokratiefind*innen – ob groß oder klein – „Stimmung“ machen wollen.

von Markus Weinberger
Bezirksvorsitzender Niederbayern

Neujahrstreffen des KV Memmingen/Unterallgäu

Im Januar trafen sich die Mitglieder des GEW-Kreisverbandes Memmingen/Unterallgäu zu ihrem Neujahrstreffen. Zunächst besuchten wir die Memminger Kunsthalle, in der wechselnde Ausstellungen zu freiem Eintritt zu bewundern sind.

Wir hatten das Glück, noch am späten Nachmittag eine Führung zu den Werken des im Allgäu lebenden Künstlers Jonas Maria Ried unter dem Titel „Enjoy the Silence“ zu erhalten. Die Inspiration für seine Konstruktionen und künstlerischen Werke findet Ried draußen in und mit der Natur. Danach zogen die Werke der jungen Künstlerin Lola Cuallado unsere Blicke auf sich. Großformatige Bilder industrieller Geräte und Objekte in leuchtenden Farben und kleine graue, mit Flechten bewachsene Steine stellt sie derzeit in der Memminger Kunsthalle aus. Dabei zeigen ihre Bilder die fortschreitende Veränderung der Objekte.

Nach der Ausstellung diskutierten wir über vergangene und geplante GEW-Aktionen. Wir rekapitulierten und planten die Beteiligung des Kreisverbandes an verschiedenen Demos gegen Rassismus, für den Erhalt der Demokratie und des sozialen Miteinanders. Auch die Kranzniederlegung bei der Gedenkstätte zur Reichspogromnacht an der ehemaligen Synagoge war Thema. Der Besuch verschiedener Veranstaltungen des DGB Schwaben, wie die Verabschiedung des langjährigen Vorsitzenden Ludwin Debong im Memminger Rathaus zum Neujahrsempfang oder die Diskussionsrunde mit verschiedenen Parteien im DGB-Haus in Kempten, sowie die damals bevorstehende Bundestagswahl beschäftigten uns. Auch das Fernsehinterview mit unserer Kollegin Gabriele Albrecht-Thum zum Bundestarifreugesetz bei WISO würdigten wir. Darüber hinaus sprachen wir über die



V. l. n. r.: Ute Haid, Stefan Kohl, Gisela Sattler, Silke Aschmer, Jutta Kühlmuß, Gabriele Albrecht-Thum, Herbert Diefenthaler und der Jubilar Friedrich Layer, der von seiner Frau begleitet wurde (2. v. r.)

Auswirkung fehlender Entgelttarifverträge bei den Einrichtungen des bFz und gfi sowie über den Start der ersten TVÖD-Warnstreiks der Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Über die große Bedeutung der Gewerkschaftsarbeit waren wir uns schnell einig. Wir werden also dranbleiben!

In geselliger Runde überreichten wir abschließend dem Jubilar Friedrich Layer, der mit sage und schreibe 55 Jahren eines der ältesten Mitglieder des Unterallgäuer Kreisverbandes ist, unsere Glückwünsche und ein Geschenk.

von Ute Haid

Der GEW-Kreisverband Nürnberg lädt ein:

Veranstaltung 500 Jahre „Bauernkrieg“

Referent*innen/Themen:

Dr. Walter Bauernfeind: Nürnberg 1524/1525

Dr. Thomas Gilgert: Die Zwölf Artikel der Bauernschaft – Genese, Inhalt und Rezeption eines Schlüsseltextes des „Bauernkriegs“

Dr. Doris Zeilinger: Thomas Münzer als Theologe der Revolution

Eddy Kucharzewski: Albrecht Dürer und das belastete Verhältnis zu Nürnberg. Seine Sympathie für die Sache der Bauern

Dr. Annette Scherer: Der „Bauernkrieg“ in der bildenden Kunst des 20. Jahrhunderts

Wann: Samstag, 24. Mai 2025, 10.00 - 16.00 Uhr

Wo: Heilig-Geist-Saal, Hans-Sachs-Platz 2, Nürnberg

Besuch des Panorama-Museums in Bad Frankenhausen

Wann: Sonntag, 25. Mai, Abfahrt 8.00 Uhr, Rückkehr am Abend

Anmeldung bis spätestens 30.4.2025:

anmeldungen@gew-nuernberg.de

Treffpunkt GEW ... Treffpunkt GEW ... Treffpunkt GEW ... Treffpunkt GEW ...

Diese Übersicht wird ständig aktualisiert, entsprechende Hinweise bitte an die DDS-Redaktion: Dorothea.Weniger@gew-bayern.de

Diese Liste der GEW-Kontakte füllt sich. Weil der Platz hier begrenzt ist, haben wir den Hinweis, dass Termine nach Vereinbarung stattfinden und deshalb abgefragt werden müssen, durch ein Sternchen (*) ersetzt.

Altötting Treffen nach Vereinbarung. *

Kontakt: Karin Ebersperger, karinebersperger@gmx.de

Ansbach Pädagogischer Stammtisch in regelmäßigen Abständen, Termine dazu und weitere Informationen: www.gew-ansbach.de
Kontakt: Günther Schmidt-Falck, ☎ 09802 953142, gew.kvansbach@gmail.com

Aschaffenburg/Miltenberg *

Kontakt: Manuel Hoffmann, manuel.hoffmann@gew.bayern

Augsburg * Kontakt für Lehrkräfte: Katrin Fischer, vertretung@gew-augsburg.de, mobil: 0176 45506534
HSG-Treffen mittwochs, 18.00 Uhr, GEW-Büro, Schaezlerstraße 13 ½, Augsburg

Bad Tölz/Wolfratshausen

Stammtisch 2. Mittwoch im Monat (Geretsried od. Bad Tölz) 20.00 Uhr
Kontakt: Gisa Pfnuer-Reichert, ☎ 08171 909344 oder 0152 07507711

Bamberg Treffen jeden dritten Donnerstag im Monat im »Café Luitpold«, 19.00 Uhr
Kontakt: ☎ 0177 8502731, hendrik.torner@gew.bayern
aktuelle Infos auf Facebook oder Instagram unter gew_bamberg

Bayern Beratung für (zukünftige) Auslandslehrkräfte, Georg Michael Schopp, gm.schopp@ag-al.de
Oliver Manger, oliver.manger@ag-al.de

Bayreuth/Kulmbach Treffen jeden 3. Donnerstag im Monat (außer Ferien), 19.00 Uhr, Gaststätte »Plektrum«, Bayreuth, Moritzhöfen 29
Kontakt: kv.bayreuth-kulmbach@gew.bayern

Coburg Nächstes Treffen wird per Mail angekündigt
Kontakt: Jürgen Behling, kv.cokclif@gew.bayern

Erding Stammtisch jeden dritten Donnerstag des Monats (außer Ferien) 19.30 Uhr beim Wirt in Riedersheim
Kontakt: Heidi Oberhofer-Franz, heidi.oberhofer-franz@gew.bayern

Erlangen jeden Montag Sprechstunden von 17.00-18.00 Uhr (nur telefonisch), Arbeitslosenberatung: jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat, 18.00 - 19.00 Uhr (nur telefonisch), Friedrichstr. 7,
Kontakt: ☎ 09131 2065462, info@gew-erlangen.de, www.gew-erlangen.de

Forchheim jeden 2. Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr
Vogelgässler, Vogelstr. 16
Kontakt: Andreas Hartmann, ☎ 09191 702432, andihartmann@web.de

Freising * Kontakt: Tina Buchberger, ☎ 0160 95908582

Fürstfeldbruck/Dachau *

Kontakt: Özge Tuna-Kerestecioğlu, t-gew@web.de

Hof-Wunsiedel Treffen jeden 2. Donnerstag im Monat, abwechselnd in Hof bzw. Selb, Ort und Termin: www.gew-oberfranken.de
Kontakt: Karlheinz Edelmann, ☎ 09281 93921, edekarl@yahoo.de

Ingolstadt/Eichstätt/Neuburg/Donau

Kontakt: Andrea Oberhofer@gew.bayern

Kempten/Oberallgäu

Kontakt: schwaben@gew.bayern

Landshut/Westliches Niederbayern * Offenes Treffen jeden 2. Donnerstag im Monat, 18.30-20.00 Uhr, Café International, Am Orbankai 4, Landshut
Kontakt: Markus Weinberger, landshut-westliches-niederbayern@gew.bayern

Lindau * Kontakt: Gerold Maier, ☎ 08381 5183* gew-gerold@web.de

Main-Spessart * Kontakt: Elfriede Jakob-Komianos, ☎ 09352 5768 oder Wolfgang Tröster, ☎ 09353 8181

Memmingen/Unterallgäu * Kontakt: Ute Haid, ☎ 0171 4244756, gew-unterallgaeu@gmx.de

Mittelfranken Sprechstunde nach Vereinbarung, Luisenstr. 2, 90762 Fürth

Kontakt: ☎ 0911 25327631, mittelfranken@gew.bayern

München Fachgruppe Berufliche Schulen *

Kontakt: Joe Lammers, ☎ 089 3088243

München Fachgruppe Grund- und Mittelschulen

Termine: gew-muenchen.de
Kontakt: Sven Plötz, sven.ploetz@web.de

München Fachgruppe Gymnasien *

Kontakt: Michael Hatala, michael.hatala@gew-muenchen.de

München Fachgruppe Hochschule und Forschung

Termin: Vgl. gew-muenchen.de/fachgruppen/hochschulforschung/huf/
Kontakt: huf@gew-muenchen.de

München Fachgruppe Realschulen * Kontakt: Susanne Brauneck, susanne.brauneck@gew-muenchen.de

München Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe

Termine: www.gew-muenchen.de/fachgruppen/schule/foerderschulen
Kontakt: Siegfried Grob, siegfried.grob@gew.bayern

München Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe

Treffen nachfragen * sozpaed@gew-muenchen.de
Programm: www.gew-muenchen.de

München Lehramtskampagne an der Universität und GEW-Studierende, Kontakt: la-m@gew-bayern.de

München AK Personalräte und Vertrauensleute

monatliche Treffen: Mittwoch 17.00 Uhr, *
Kontakt: Mathias Sachs, SachsMathias@aol.com

München GEW-Seniorinnen und Senioren

Jour-fixe-Termine nachfragen *
Kontakt: Irene Breuning, ☎ 089 7853746

Neumarkt/Oberpfalz

Treffen nachfragen* Kontakt: sigrid-schindler@web.de

Neu-Ulm/Günzburg

Treffen: monatlich,* Gasthaus Lepple, Vöhringen
Kontakt: Claudia Heißwolf, ☎ 08337 9680
hei.bei@t-online.de

Nordoberpfalz Jeden 4. Monat, 19.30 Uhr, an wechselnden Orten *

Kontakt: Joachim Lehmann, nordoberpfalz@gew.bayern

Nürnberg Fachgruppe Berufliche Schulen *

Kontakt: Steffi Ungethüm, Steffi.Ungethuem@stadt.nuernberg.de

Nürnberg Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe

Monatliche Treffen.
Kontakt: Mario Schwandt, sozpaedberufe@gew-nuernberg.de

Nürnberg/Fürth FG Sonderpädagogische Berufe Mittelfranken

Treffen nachfragen*
Kontakt: K. Hübner: khoebner@posteo.de und
F. Kohl: florian.kohl@gew.bayern

Nürnberg/Fürth offener Stammtisch für alle Fachgruppen *

Kontakt: Stefan Merten, Petra Wachter, mittelfranken@gew.bayern

Nürnberg Büro für Lebenserfahrung

Aktivitäten und Infos: gew-nuernberg.de
Kontakt: Helmut Steiner, ☎ 0911 7871549, ts.leh@gmx.de

Nürnberger Land * Kontakt: Gerd Schnellinger, ☎ 0179 4259064, gerd.schnellinger@gew.bayern

Passau/Östliches Niederbayern Treffen alle zwei Monate

Kontakt: Lea Dahms, kv-passau@gew.bayern

Pfaffenhofen jeden 2. Donnerstag im Monat

19.00 Uhr, Griechisches Restaurant Sokrates in Niederscheyern
Kontakt: Norbert Lang-Reck, ☎ 08441 71192, Lang-Reck@t-online.de

Regensburg jeden 2. Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr,

im »Stefanos«, Ostengasse 16 (»Brandlbräu«),
Bürozeit: jeden Donnerstag außerhalb der Ferien von 18.00-19.00 Uhr
im Büro in der Obermünsterstr. 4, Kontakt: Peter Poth, ☎ 0941 566021

Roth/Schwabach/Hilpoltstein *

Kontakt: Joscha Falck, gew.rh-sc@gmx.de

Schwandorf *

Kontakt: Matthias Haberl, kv-schwandorf@gew.bayern

Schweinfurt jeden 2. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr

Kontakt: Karl-Heinz Geuß, ☎ 09721 186936

Sulzbach-Rosenberg jeden 3. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr

Gaststätte Sperber
Kontakt: Manfred Schwinger, ☎ 09661 7755,
manfred.schwinger@asamnet.de

Weilheim-Schongau/Garmisch-Partenkirchen *

Kontakt: Bärbl Schweiger-Gruber, wm-sog-gap@gew.bayern

Weißenburg (Mfr.) *

Kontakt: Harald Morawietz, harald.morawietz@t-online.de

Würzburg monatliche Treffen, *

19.00 Uhr, Gaststätte »Am Stift Haug«, Textorstr. 24, 97070 Würzburg
Kontakt: Jörg Nellen, ☎ 0931 29194129, presse@gew-unterfranken.de